

VERÖFFENTLICHUNGEN DES INSTITUTS
FÜR DEUTSCHES, EUROPÄISCHES
UND INTERNATIONALES MEDIZINRECHT,
GESUNDHEITSRECHT UND BIOETHIK
DER UNIVERSITÄTEN HEIDELBERG UND MANNHEIM

39

KALLIA GAVELA

Ärztlich assistierter Suizid und organisierte Sterbehilfe

VERÖFFENTLICHUNGEN DES INSTITUTS
FÜR DEUTSCHES, EUROPÄISCHES
UND INTERNATIONALES MEDIZINRECHT,
GESUNDHEITSRECHT UND BIOETHIK
DER UNIVERSITÄTEN HEIDELBERG UND MANNHEIM

39

KALLIA GAVELA

Ärztlich assistierter Suizid und organisierte Sterbehilfe

Reihenherausgeber

Peter Axer, Heidelberg, Germany

Gerhard Dannecker, Heidelberg, Germany

Thomas Hillenkamp, Heidelberg, Germany

Lothar Kuhlen, Mannheim, Germany

Eibe. H. Riedel, Mannheim, Germany

Jochen Taupitz Mannheim, Germany

Kallia Gavela

Ärztlich assistierter Suizid und organisierte Sterbehilfe

 Springer

Kallia Gavela
Juristische Fakultät
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Heidelberg
Deutschland

Erstgutachter: Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Hillenkamp
Zweitgutachter: Prof. Dr. Lothar Kuhlen
Tag der mündlichen Prüfung: 08.11.2011

ISSN 1617-1497
ISBN 978-3-642-31172-7 978-3-642-31173-4 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-642-31173-4
Springer Heidelberg NewYork Dordrecht London

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort

Meinen lieben Eltern

Die vorliegende Arbeit wurde am 2. Dezember 2011 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im März 2011 abgeschlossen. Die deutsche Literatur und Rechtsprechung sind bis 2011 berücksichtigt. Nicht mehr eingearbeitet werden konnte der Gesetzentwurf vom 22.10.2012 über die Bestrafung der gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung (BT-Drs. 17/11126). Rechtsprechung und Literatur zu ausländischem Recht konnten nur bis 2010 berücksichtigt werden.

Am Ende eines langen Weges gilt es, allen herzlich zu danken, die zum Erreichen des Ziels in irgendwelcher Weise beigetragen haben. Ganz besonderen, sehr herzlichen Dank schulde ich vor allem meinem Betreuer und verehrtem akademischen Lehrer Prof. Dr. Dr. h.c. *Thomas Hillenkamp* sowohl für die stete Fürsorge und Anteilnahme, mit der er allzeit meinen wissenschaftlichen Werdegang und das Entstehen dieser Monografie begleitete, als auch dafür, dass er mich in großer Weitsicht ermutigt hat, dieses nicht nur dogmatisch, sondern auch ethisch schwierige und äußerst umfangreiche Thema in Angriff zu nehmen.

Herrn Prof. Dr. *Lothar Kuhlen* bin ich für die sorgfältige und zügige Erstellung des Zweitgutachtens sehr verbunden. Seine konstruktive Kritik und wertvollen Anregungen waren mir eine große Hilfe.

Dem Direktorium des Instituts für Deutsches, Europäisches und Internationales Medizinrecht, Gesundheitsrecht und Bioethik der Universitäten Heidelberg und Mannheim, darunter insbesondere Herrn Prof. Dr. *Jochen Taupitz* in seiner Eigenschaft als Geschäftsführendem Direktor, danke ich für die Aufnahme der vorliegenden Arbeit in die eigene Schriftenreihe.

Besonderer Dank gilt auch Prof. Dr. *Julia Iliopoulos-Strangas* aus der Juristischen Fakultät Athen dafür, dass sie mich dazu anregte, mein Studium in Deutschland fortzusetzen. Sie hat mir dadurch ganz neue Perspektiven eröffnet.

Ohne die großzügige finanzielle, aber auch ideelle Förderung der Alexander-S.-Onassis-Stiftung wäre die Realisierung eines so kostspieligen internationalen Projekts nicht möglich gewesen. Auch für den finanziellen Zuschuss bei der Drucklegung dieses Buches habe ich der Onassis-Stiftung zu danken.

Ebenso zu danken gilt es an dieser Stelle dem Springer-Verlag für die Bereitschaft, die Arbeit ohne Zögern in das Verlagsprogramm aufzunehmen.

Der Columbia University Law School in N.Y. schulde ich Dank für die großzügige Ermöglichung eines zweimonatigen Forschungsaufenthalts. Ihre stets gespräch- und hilfsbereiten Professoren haben mir viele neue Perspektiven eröffnet.

Zutiefst verpflichtet bin ich insbesondere Herrn Staatsanwalt Dr. *Heiko Feurer*, einem brillanten Juristen und lieben Freund, für das sorgfältige Lektorat. Mit seinem Einfühlungsvermögen und seiner herzlichen Art hat er dafür gesorgt, dass ich auch in schwierigen Phasen nie den Mut und Willen verloren habe, mein Projekt zu Ende zu bringen. Bei der Anfertigung der endgültigen Fassung sowie bei der sprachlichen Korrektur war seine Hilfe von größter Bedeutung. Ohne seine Unterstützung wäre die Arbeit nicht zustande gekommen.

Danken möchte ich in diesem Zusammenhang zudem meinem Bruder, Herrn *Dimitris Gavelas*, einem ebenfalls hochbegabten Juristen, der mir stets zur Seite gestanden hat und allzeit zu anregenden wissenschaftlichen Gesprächen bereit war.

Constantin, Claudia und Andreas, meinen lieben Freunden aus Hannover, die stets für mich da waren und nie müde wurden, meine Selbstzweifel zu zerstreuen, gilt ebenfalls ein großer Dank.

Niemals entstanden wäre dieses Buch schließlich ohne die bedingungslose ideelle und finanzielle Unterstützung meiner Eltern, Frau *Marianna Gavela* und Herrn *Ioannis Gavelas*. Beiden gilt meine größte Achtung. Ihnen habe ich mehr zu verdanken, als ich mit Worten auszudrücken vermag.

Diese Arbeit ist mit dem Förderpreis 2011 ausgezeichnet worden, welcher von dem Verein zur Förderung des deutschen, europäischen und internationalen Medizinrechts, Gesundheitsrechts und der Bioethik in Heidelberg und Mannheim e. V. ausgeschrieben wird.

Heidelberg, den 10 Februar 2013

Kallia Gavela

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
A. Vorfragen und Vorüberlegungen	1
B. Thematische Begriffsklärung	2
I. Sterbehilfe – Euthanasie	2
II. Suizid	3
III. Assistierter Suizid als spezielle Form der Sterbehilfe – thematische Eingrenzung	4
 1. Teil: Das geltende Recht	 7
A. Tatbestandslosigkeit des Suizids	7
I. Grammatische und historische Auslegung	8
II. Systematische Auslegung	11
III. Teleologische Auslegung	12
IV. Zwischenergebnis	14
B. Grundsatz der Straflosigkeit der Suizidteilnahme	14
I. Fehlende Sonderregelung	14
II. Materieller Grund für die Straflosigkeit	15
1. Suizidteilnahme und Akzessorietätsprinzip	15
2. Prinzip der Eigenverantwortlichkeit	16
C. Reichweite des Grundsatzes	17
I. Abgrenzung zur Fremdtötung in mittelbarer Täterschaft	17
1. Kann ein Mensch den Suizid wirklich wollen? Zum freien Entschluss	18
2. Der Beurteilungsmaßstab für die Freiverantwortlichkeit	20
(a) Exkulpations- versus Einwilligungslösung	20
(b) Ergebnisorientierter Vergleich	21
(aa) Übereinstimmende Lösungen	21
(bb) Abweichend beurteilte Sachverhalte	21
(c) Stellungnahme	22
II. Abgrenzung zur einverständlichen täterschaftlichen Fremdtötung	23

1. Zur Rechtsprechung	24
2. Kritische Würdigung	26
III. Abgrenzung zur fahrlässigen Tötung	31
IV. Abgrenzung zum unechten Unterlassungsdelikt	36
1. Zur Rechtsprechung	37
2. Kritische Würdigung	39
V. Strafbarkeit wegen unterlassener Hilfeleistung	41
1. Zur Rechtsprechung	42
2. Kritische Würdigung	44
VI. Strafbarkeit nach dem Betäubungsmittel- und Arzneimittelgesetz	46
1. Zur Rechtsprechung	46
2. Kritische Würdigung	49
VII. Zwischenergebnis	51
D. Insbesondere: der ärztlich assistierte Suizid	52
I. Umfang ärztlicher Garantenpflicht zur Suizidverhinderung	52
II. Geltende Rechtslage zur Verschreibung und Abgabe von BtM	54
III. Ärztliche Suizidassistenz vor dem Hintergrund von Standesrecht und Standesethik	58
E. Ergebnis	61
2. Teil: Suizidteilnahme <i>de lege ferenda</i>	63
A. Rechtsvergleichender Überblick	63
I. Länderbericht Schweiz	64
1. Einleitung	64
2. Strafbarkeit der Suizidteilnahme	65
(a) Allgemeines	65
(b) Beteiligungsformen	68
(c) Zusätzliche Strafbarkeitsbedingung	69
(d) Subjektiver Tatbestand	70
(aa) Vorsatzerfordernis	70
(bb) Erfordernis der „selbstsüchtigen Motivation“	70
(i) Allgemeine Bemerkungen	70
(ii) Zur Auslegung	71
(e) Strafrahmen	72
3. Rechtliche Rahmenbedingungen ärztlicher Tätigkeit	73
(a) Gesundheitsrechtliche Vorgaben zur Verschreibung und Abgabe von NaP	73
(aa) Heil- bzw. betäubungsmittelrechtliche Ausgangsbasis	73
(bb) Zur Rechtmäßigkeit ärztlicher Verschreibung von NaP in tödlicher Dosis	76
(b) Standesrechtliche Vorschriften	79
(c) Weitere normative Vorgaben	80
(aa) SAMW-(Standes-)Richtlinien	80
(bb) Empfehlungen der NEK–CNE	81

4. Verfassungsrechtliche Prämissen	82
(a) Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 3. November 2006	82
(b) Urteilsanmerkung	84
5. Rechtswirklichkeit	85
(a) Satzungsrecht der Suizidhilfeorganisationen	85
(aa) EXIT	86
(bb) EX-International	88
(cc) DIGNITAS	89
(b) Exkurs: Organisierte Suizidbeihilfe in öffentlichen Einrichtungen	93
(c) Umstrittene Begleiterscheinungen in der Praxis	94
6. Rechtspolitische Diskussion und aktuelle Entwicklung	95
(a) Revisionsbemühungen auf Bundesebene	95
(b) Vorstöße auf kantonaler Ebene	106
II. Länderbericht Niederlande	107
1. Einleitung	107
2. Strafbarkeit der Suizidteilnahme	109
(a) Grundsätzliches Suizidteilnahmeverbot – Art. 294 nStGB	109
(b) Teilnahmemodalitäten	110
(c) Zusätzliches Tatbestandsmerkmal: „ <i>indien de zelfdoding volgt</i> “	112
(d) Subjektiver Tatbestand	113
(e) Strafraumen	113
3. Straffreistellung der ärztlichen Suizidbetreuung	114
(a) Zur Vorgeschichte der heutigen spezialgesetzlichen Sterbehilferegelung	114
(b) Gesetzesbeschluss vom 12.4.2001	117
(aa) Spezieller Strafausschließungsgrund für Ärzte	117
(bb) Anforderungen an die Sorgfalt	118
(cc) Regelungsgehalt des Sterbehilfegesetzes bezüglich Minderjähriger	124
(dd) Meldeverfahren	125
4. Verfassungsrechtliche Prämissen	127
5. Rechtswirklichkeit	128
6. Rechtspolitische Diskussion und aktuelle Entwicklung	134
(a) Darstellung ausgewählter Rechtsprobleme – Hauptansatzpunkte der Kritik	134
(aa) Zur Effizienz des festgelegten Kontrollverfahrens	134
(bb) Eingrenzungsschwierigkeiten – Ausweitungstendenzen	135
(b) Abschließende Würdigung und Ausblick	143
III. Länderbericht USA	145
1. Einleitung	145
(a) Ursprünge und Grundlagen des amerikanischen Strafrechts	145
(b) Zur Begrifflichkeit – Sterbehilfearten	148

- 2. Exkurs: Rechtshistorische Entwicklung 151
 - (a) Zum Suizid 151
 - (b) Zum Suizid*versuch* 155
 - (c) Zur Suizidteilnahme 156
 - (d) Model Penal Code 159
- 3. Strafbarkeit der Suizidteilnahme 160
 - (a) Spezialvorschriften 160
 - (aa) Inkriminierung durch Statut 160
 - (bb) Inkriminierung unter Rückgriff auf das Common Law 164
 - (cc) Legislatives Vakuum bzw. keine Weitergeltung des
Common Law 165
 - (b) Die Anwendbarkeit der allgemeinen Tötungsvorschriften 166
- 4. Rechtliche Rahmenbedingungen ärztlicher Tätigkeit 167
- 5. Rechtswirklichkeit 168
 - (aa) Am Beispiel des „Dr. Death“ 169
 - (bb) Am Beispiel des Dr. Quill 172
- 6. Verfassungsrechtliche Prämissen 173
 - (a) *Due-Process-Ansatz* – *Washington v. Glucksberg* 177
 - (aa) Vorinstanzlicher Hintergrund 178
 - (bb) Die Entscheidung des US Supreme Court 180
 - (b) *Equal-Protection-Ansatz* – *Vacco v. Quill* 183
 - (aa) Vorinstanzlicher Hintergrund 184
 - (bb) Die Entscheidung des US Supreme Court 186
 - (c) Kritik 188
- 7. Rechtspolitische Diskussion und aktuelle Entwicklung 189
- 8. Straffreistellung der ärztlichen Suizidbetreuung
(Oregon Aberration) 192
 - (a) Zum legislativen Hintergrund 192
 - (b) Verfahrenselemente der Oregon-Regelung 196
 - (c) Erfahrungen 198
 - (d) Kritik: Bedeutung und Zukunft eines Paradigmenwechsels 201
- IV. Schlussfolgerungen aus der Rechtsvergleichung 203
 - 1. Freiverantwortlichkeit als gemeinsamer Ausgangspunkt 203
 - 2. Unterschiedliche Konsequenzen aus der Autonomie 206
 - 3. Rolle des Arztes: Heilungsexperte – Tötungsexperte – BtM-
Lieferant 208
 - 4. Täterschaft und Teilnahme 210
 - 5. Recht und Rechtswirklichkeit in den behandelten Ländern 211
- B. Reformvorschläge zum deutschen Recht 212
 - I. Rechtspolitische Sterbehilfediskussion und aktuelle
Entwicklungen 212
 - II. Insbesondere: Suizidmitwirkung – Hauptachsen der
Reformdiskussion 217
 - 1. Klarstellung der Rechtmäßigkeit des Unterlassens beim freien
Suizid 217

- 2. Bedingte standesrechtliche Freigabe der ärztlichen Suizidassistentz 218
- 3. Aktuelle politische Debatte: rechtliche Behandlung der Suizidgesellschaften 220
- C. Suche nach Gesetzeslücken und eventueller Reformbedarf 227
 - I. Grundsätzliche Strafflosigkeit auf dem Prüfstand 227
 - 1. Kriminalpolitische Überlegungen 227
 - 2. Strafrechtsdogmatik und verfassungsrechtliche Grenzen 229
 - (a) Strafrechtsdogmatische Anforderungen 229
 - (aa) Einordnung in die Deliktstypen 229
 - (bb) Strafrecht als Rechtsgüterschutz 230
 - (cc) Verfassungsrechtliche Grenzen 230
 - (b) Denkbare Schutzgüter 234
 - (aa) Rechtsgut Leben 234
 - (i) Individualistischer Schutzzweck: Leben des Suizidwilligen (paternalistische Begründung) 234
 - (ii) Mittelbar individualistischer Schutzzweck: Leben Dritter und allgemeiner Lebensschutz (*Harm principle*) 235
 - (bb) Überindividueller Schutzzweck: öffentliche Interessen als (neben dem Leben) geschütztes Rechtsgut 235
 - 3. Zwischenergebnis 236
 - II. Reformbedarf im Bezug auf die *ärztliche* Suizidassistentz? 237
 - 1. Standespolitische Überlegungen 238
 - (a) Zur „Ethizität“ ärztlicher Suizidbeteiligung 238
 - (aa) Deontologischer Ansatz 238
 - (bb) Konsequenzialistischer Ansatz 241
 - (i) „Verrohungs-“argument 241
 - (ii) Rückwirkung auf das Arzt-Patienten-Verhältnis? 243
 - (iii) Suizidhelfer-unspezifische Missbrauchsargumente 243
 - (b) Palliativmedizin: adäquate Alternative zum assistierten Suizid? 244
 - (c) Ärzte als (best-)geeignete Suizidbegleiter? 245
 - (d) Zwischenergebnis 246
 - 2. Gestaltungsvorschlag 248
 - III. Reformbedarf im Bezug auf spezielle Formen der Beihilfe zur Selbsttötung? 250
 - 1. Suizidhilfeorganisationen als neue Herausforderung für den Gesetzgeber 250
 - 2. Beurteilung der Lösungsansätze 251
 - (a) Strafrechtsdogmatische und verfassungsrechtliche Anforderungen 251
 - (aa) Einordnung in die Deliktstypen 251
 - (bb) Verfassungsrechtliche Grenzen 252
 - (b) Denkbare Schutzgüter 253
 - (aa) Rechtsgut Leben 253

(i) Individualistischer Schutzzweck: Leben des Suizidwilligen (paternalistische Begründungen)	253
(ii) Mittelbar individualistischer Schutzzweck: Leben Dritter und allgemeiner Lebensschutz (<i>Harm Principle</i>)	255
(iii) Flankierende praktische Begründungen: Beweisnot, Missbrauchsgefahren, <i>Slippery-slope</i> -Argumente	258
(bb) Überindividueller Schutzzweck: öffentliche Interessen als (neben dem Leben) geschütztes Rechtsgut	259
(i) Zwischen Sittengesetz, öffentlicher Ordnung und Rechtsempfinden	259
(ii) Strafbarer Eigennutz	261
(c) Zwischenergebnis	262
3. Gestaltungsvorschlag	263
(a) Tatbestandsmerkmale in der aktuellen Debatte	263
(aa) Geschäftsmäßigkeit	263
(bb) Selbstsucht oder grober Eigennutz	266
(cc) Gewerbsmäßigkeit	267
(dd) Zwischenergebnis	270
(b) Vorschlag neuer Straftatbestände	271
(aa) Gewerbsmäßiges Bestimmen und Hilfeleisten zur Selbsttötung	271
(bb) Werbung für die Selbsttötung	272
Endergebnis	275
Anhang I: Die Rechtslage in den USA	277
Anhang II: The Oregon Death with Dignity Act	289
Anhang III: The Washington Death with Dignity Act	301
Literatur	313

Abkürzungsverzeichnis

(dt)StGB	[deutsches] Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung v. 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 3 des Gesetzes v. 24.2.2012 (BGBl. I S. 212)
A.2d	Atlantic Reporter, Second Series
a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. F.	alte(r) Fassung
a. M.	anderer Meinung
abl.	ablehnend(er)
Abs.	Absatz
ÄBW	Ärzteblatt Baden-Württemberg [Z]
AE-BT I	Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuches, Besonderer Teil – Straftaten gegen die Person, Erster Halbband, vorgelegt von <i>Gerald Grünwald, Armin Kaufmann</i> [u. a.]
AE-StB	Alternativ-Entwurf Sterbebegleitung, vorgelegt von <i>Heinz Schöch, Torsten Verrel</i> [u. a.]
AE-Sterbehilfe	Alternativ-Entwurf eines Gesetzes über Sterbehilfe, vorgelegt von <i>Jürgen Baumann</i> [u. a.]
AJP	Aktuelle Juristische Praxis [Z]
Ala.	Alabama
Ala. Code	Alabama Code
Alaska Stat.	Alaska Statutes
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten; American Law Reporter
Alt.	Alternative
Am J Psychiatry	The American Journal of Psychiatry [Z]
Am.	Amendment; American
Am. Jur.	American Jurisprudence
AMA	American Medical Association

AMG	Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 12.12.2005 (BGBl. I S. 3394), zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes v. 22.12.2011 (BGBl. I S. 2983)
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Ann.	Annotated
AnwBl.	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 1.10.2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes v. 22.12.2011 (BGBl. I S. 3044)
App.	Appeals
Ariz. Rev. Stat.	Arizona Revised Statutes
Ark. Code Ann.	Arkansas Code Annotated
Art.	Artikel/article
ArztR	Arztrecht (Z)
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 2.9.2008 (BGBl. I S. 1798), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes v. 22.11.2011 (BGBl. I S. 2258)
AT	Allgemeiner Teil
Atty Gen.	Attorney General
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG) in der Fassung der Bekanntmachung v. 25.2.2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 25 des Gesetzes v. 22.12.2011 (BGBl. I S. 3044)
Aufl.	Auflage
Aus.	Ausnahme
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz – AuslG) in der Fassung der Bekanntmachung v. 9.7.1990 (BGBl. I S. 1354), abgelöst durch das Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) v. 30.7.2004 (BGBl. I S. 1950)
Az.	Aktenzeichen
BÄK	Bundesärztekammer
BÄO	Bundesärzteordnung
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayStGB	Bayerisches Strafgesetzbuch von 1813
BBl	Bundesblatt
Bd.	Band